

NEUE STAATEN – NEUE BILDER? VISUELLE KULTUR
IM DIENST STAATLICHER SELBSTDARSTELLUNG
IN ZENTRAL- UND OSTEUROPA SEIT 1918

Vom 23. bis 26. Oktober 2003 fand im Polnischen Institut Leipzig die vom Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) veranstaltete internationale Konferenz „Neue Staaten – neue Bilder? Visuelle Kultur im Dienst staatlicher Selbstdarstellung in Zentral- und Osteuropa seit 1918“ statt. Die Tagung wurde von Marina Dmitrieva und Arnold Bartetzky im Rahmen des seit 2000 am GWZO laufenden Projekts „Visuelle und historische Kulturen Ostmitteleuropas im Prozess staatlicher und gesellschaftlicher Modernisierung seit 1918“ organisiert.

In ihrer Einführung skizzierte Marina Dmitrieva die Hauptthemen der Konferenz: 1. Kunst im Dienste der Macht, 2. die Beziehungen zwischen Kunst, Staat und staatlicher Selbstdarstellung, 3. die Ambivalenz staatlicher Symbolik, 4. die Verbindungen von Nationalismus und Modernität, Traditionalismus und Moderne innerhalb staatlicher Repräsentation. Zu den in interdisziplinärer Perspektive untersuchten Gegenständen zählten dabei bildende Kunst und Architektur ebenso wie Filme, Fotos, Webseiten, Banknoten und Briefmarken, temporäre Ereignisse wie Ausstellungen und Massenveranstaltungen, die sich alle unter dem Begriff „visuelle Kultur“ vereinen lassen. Arnold Bartetzky wies auf den breiten geographischen Rahmen der Vorträge hin, der vergleichende Studien über Ost- und Ostmitteleuropa ebenso einschloss wie z. B. solche über Deutschland, die Türkei und Israel, und verdeutlichte die Spezifik der staatlichen Selbstdarstellung nach den Wendepunkten von 1918, 1945 und 1989.

In der eröffnenden Podiumsdiskussion mit dem Titel „Dreimal neues Europa im 20. Jahrhundert: 1918/1945/1989“ nahmen Kazimierz Wóycicki (Leipzig), Klaus von Beyme (Heidelberg) und Miloš Havelka (Prag) eine Annäherung an diese Wendepunkte aus historischer Perspektive vor. Während Wóycicki von dem Standpunkt der *histoire des événements* die radikalen Veränderungen politischer und sozialer Gegebenheiten beschrieb, argumentierte Havelka aus einer Perspektive der *longue durée* und stellte dabei fest, dass sich viele Entwicklungen bereits in der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit abzeichneten (so z. B. kulturelle Umwälzungen, totalitäre Tendenzen, nationalistische Ansprüche, „Verwestlichung“ und „Amerikanisierung“). Klaus von Beyme verwies schließlich auf historische Faktoren der künstlerischen Entwicklung und Auswirkungen politischer Veränderungen auf das Leben und Schaffen von Künstlern. Nach 1989 wurden die Beziehungen zwischen Kunst und Politik in Mittel- und Osteuropa einerseits beeinflusst von der Globalisierung, den neuen Medien, post-kolonialen Diskursen und der Gender-Problematik, andererseits aber auch von regionalen und nationalen Vorstellungen europäischer Tradition und Kultur.

Mehrere Vorträge thematisierten die Zeit nach 1918, als in verschiedenen ost- und ostmitteleuropäischen Staaten Aspekte visueller Kultur häufig mit nationalen und/oder ideologischen Zielsetzungen verknüpft wurden. Wie Giedrė Jankevičiūtė (Vilnius) beschrieb, dominierte bei den Präsentationen Litauens auf den internationalen Ausstellungen eine nationale und traditionell-folkloristische Bildsprache. In der Inszenierung Litauens als Land der Holzkreuze und Volksmärchen sah man ein besonders geeignetes Mittel, den jungen Staat werbewirksam zu präsentieren. Roger Piłachowski (Marburg) untersuchte die mobilisierende Wirkung von Medaillen, Plaketten und Abzeichen polnischer Militärorganisationen und Verbände im Kampf um die Unabhängigkeit (1914-1918). Diese Abzeichen trugen Nationalsymbole und Bilder des Führers der Nationalbewegung Józef Piłsudski – also Symbole eines noch nicht existierenden Staates. Reinhold Zilch (Berlin) untersuchte das Papiergeld und die Münzen in den Territorien Polens und der baltischen Staaten vom Ersten Weltkrieg bis in die dreißiger Jahre als Träger nationaler Selbstdarstellung. In seinem Referat analysierte er die Versuche der Staaten, durch den Nachweis einer bis in alte Zeiten zurückgehenden Tradition Legitimation zu erlangen. Dabei ging es auch um

die Frage, wie und von wem sich die Nationen in ihren symbolischen Identitätskonstruktionen abgrenzten. Im Fall der italienisch-südslawischen Grenze, die Rolf Wörsdörfer (Frankfurt/M.) thematisierte, wurden Friedhöfe, Denkmäler, Ausstellungen, Museen und öffentliche Gebäude zu heiligen Stätten imaginärer Grenzziehung. Auch die Natur (Flüsse, Berge) und die Geschichte (und ihre Helden) wurden im Dienste nationaler Identität uminterpretiert.

Wie einige Vorträge zeigten, war für die Kunst und Architektur der Zwischenkriegszeit eine ambivalente Mischung aus Tradition (oft in nationalem Zusammenhang) und Modernität kennzeichnend. Moderne Kunst hatte wiederum mitunter nationale Konnotationen. Beate Störtkuhl (Oldenburg) untersuchte die Verbindung neoklassizistischer Formensprache (als „polnischer“ Stil) mit modernen und kubistischen Stilelementen beim Bau der neuen Stadt Gdynia, die in der Zwischenkriegszeit Polens einzigen Zugang zum Meer bildete. Eine ähnlich ambivalente Verbindung stellte Steven Mansbach (Washington) vor. Anhand von Regierungsgebäuden der litauischen Hauptstadt Kaunas zeigte er auf, dass, während die Architektur ausschließlich modernen Leitbildern folgte, in der Innenausstattung traditionelle und moderne Formen durchaus kombiniert werden konnten.

Indessen analysierte Burcu Dogramaci (München), wie die Etablierung der jungen türkischen Republik zu Modernisierungs- und Europäisierungstendenzen führte. Dies drückte sich z. B. in der modernen türkischen Architektur aus, die hauptsächlich von deutschsprachigen Architekten entworfen wurde. Wolfgang Sonne (Berlin) untersuchte die Stadtplanung des frühen 20. Jahrhunderts in verschiedenen Hauptstädten. Er konstatierte, dass der Form keineswegs eine festgelegte Bedeutung zukam. Vielmehr konnte die gleiche stadtplanerische Konzeption in unterschiedlichen politischen Systemen zur Anwendung kommen. Um die intendierte Bedeutung einer Form zu bestimmen, ist es daher erforderlich, den Kontext ihrer Verwendung zu untersuchen. Eine vorläufige Folgerung aus diesen verschiedenen Vorträgen könnte lauten, dass Kunst auf politische Veränderungen nicht einheitlich reagiert. Im Fall totalitärer Systeme scheint die Umorientierung der Kunst viel schneller und sichtbarer zu erfolgen.

Marina Dmitrieva beschrieb die verschiedenen Ausdrucksformen, derer man sich bei Darbietungen des revolutionären Massentheaters bediente, die in einigen sowjetischen Städten zwischen 1918 und 1920 organisiert wurden und propagandistisch-erzieherische Ziele verfolgten. Eine Analyse des öffentlichen und privaten Lebens unter der NSDAP-Herrschaft während des Zweiten Weltkriegs unternahm Hanna Grzeszczuk-Brendel (Poznań/Posen) am Beispiel Posens, wo Stadtplanung, Architektur, Kunst und Design umfassender nationalsozialistischer Kontrolle unterstellt werden sollten. Ein Element, das sowohl im sowjetischen Film auftrat als auch die nationalsozialistische Stadtplanung begleitete, war Satire, die entweder angepasst oder subversiv sein konnte, oder aber beide Aspekte vereinte, wie die Beiträge von Hans-Joachim Schlegel (Berlin) und Lars Olof Larsson (Kiel) zeigten.

Nach 1945 gewannen einige frühere Tendenzen neue Aktualität. Jacek Friedrich (Gdańsk/Danzig) erläuterte, wie die Behörden sich den Wiederaufbau der historischen Altstädte in Polen zunutze machten, um die Zustimmung und Unterstützung einer breiten gesellschaftlichen Basis und dadurch letztlich die eigene Legitimation

zu erlangen. Die stalinistische Architektur kennzeichnete die Verbindung eines konstruierten Nationalstiles mit modernen Bauauffassungen. Piotr Marciniak (Poznań) präsentierte eine Fallstudie über die Zentral- und Regionalbüros der Kommunistischen Partei Polens. Diese „Tempel der Macht“ wurden als Symbole des Regimes im Stadtzentrum erbaut, häufig unter historischer Bezugnahme und der Verwendung traditioneller Raumdispositionen und nationaler Gestaltungselemente.

Das zwischen 1956 und 1966 erbaute Gebäude der Knesseth in Jerusalem, das Ita Heinze-Greenberg (Rohrdorf) vorstellte, schöpft aus der nationalen Geschichte und dem kollektiven Gedächtnis und verweist damit gleichzeitig auf Vergangenheit und Zukunft, Trauer und Hoffnung, Zerstörung und Neuentstehung. Dabei greift das israelische Parlament sowohl auf Symbole des Holocaust als auch auf solche des Alten Testaments zurück. Als eine Weiterentwicklung der offiziellen Erinnerungskultur der Nachkriegszeit lassen sich die in den 1960er Jahren errichteten Steine von Treblinka interpretieren. Frank van Vree (Amsterdam) sprach über die Einmaligkeit dieses Holocaust-Denkmal, dem die Idee der Visualisierung von Zerbrechlichkeit zu Grunde liegt.

Die Tagungsbeiträge zu den Umgestaltungen nach 1989 bezogen sich auf Veränderungen im Stadtraum, Denkmale und Museen, das Fernsehen und die Selbstdarstellung im Internet. Eine Tendenz, die in mehreren Vorträgen anklang, ist die wachsende Bedeutung von finanzieller Potenz und Marketing bei der Umgestaltung dieser Objekte und Räume. Irina Novikova (Riga) fragte nach den Veränderungen innerhalb der visuellen Kultur der Städte Riga und Kiew in Bezug auf deren Geschichte, Identität und Wirtschaft und stellte dabei die Aspekte Architektur, Denkmal und Shopping in den Vordergrund.

Die unterschiedlichen Schicksale kommunistischer Denkmäler in Bulgarien nach 1989 analysierte Nikolai Voukov (Sofia, Budapest). Eine ähnliche Betrachtung der vielfältigen (und mitunter absurden) Denkmaltransformationen stellte Janusz Dobesz (Wroclaw/Breslau) für Westpolen an. Arnold Bartetzky präsentierte einige Beispiele von Museen in Ungarn, Tschechien, Deutschland und Polen, die sich mit dem Zeitraum der kommunistischen Diktatur auseinandersetzen. Die unterschiedlichen Initiatoren, Sponsoren, Sammlungsgegenstände und Museumskonzepte und nicht zuletzt die Namen der Einrichtungen (Terror Háza/Haus des Terrors, SocLand) verweisen auf verschiedene Positionen und Herangehensweisen bei der Auseinandersetzung mit untergegangenen Regimen. Stefan Troebst (Leipzig) zeigte anhand der Selbstdarstellung des 1990 proklamierten, jedoch nicht international anerkannten Quasi-Staates Transnistrien im Internet die eigenartigen Blüten, die das Bemühen um internationale Anerkennung und der Personenkult um den „Präsidenten“ Igor N. Smirnov treiben.

Einige Vorträge widmeten sich den Brüchen und Kontinuitäten in der Interaktion von visueller Kultur und Politik im 20. Jahrhundert. Ella Chmielewska (Warszawa, Montréal) richtete ihr Augenmerk auf Bild- und Textträger wie Schilder, Werbetafeln und Neonreklamen, die als Objekte von politischem, kulturellem, sprachlichem und identitätsstiftendem Gehalt auf ihren Standort Bezug nehmen. Die visuelle Landschaft Warschaus, der ihre spezielle Untersuchung galt, überstand ver-

schiedene traumatische Situationen und Zerstörungen, die sich in diesen Zeichen artikulieren.

Wilfried Jilge (Leipzig) und Mileta Prodanović (Beograd/Belgrad) analysierten die Entwicklung der Banknoten der Ukraine und Jugoslawiens im 20. Jahrhundert und legten dar, wie sich politische Veränderungen in diesem Medium ausdrücken. Petr Roubal (Praha, Budapest) untersuchte die Darstellung staatlicher Macht in den inszenierten Menschenbildern auf Massen-Turnveranstaltungen in Mitteleuropa. Koordinierte Bewegungen und Einheitlichkeit, der Kult um Jugend und Stärke, Unterwerfung und Dominanz wurden als staatliche Inszenierung organisiert. Die Unterordnung des Körpers kann in diesem Zusammenhang parallel zum Gedenkmythos Erde gesehen werden, wie ihn Heidrun Alzheimer-Haller (Würzburg) aufzeigte. Sie stellte drei Kategorien der Betrachtung heraus – die mythologische, die ethnographische und die funktionale (Legitimation, Identität, Erinnerung) – und analysierte verschiedene Beispiele von Erd-Gedenkmythen (Heldenhügel in Polen, Bedeutung des Bodens bei Gedenkfeiern).

Die Vielfalt der Themen, Methoden, Quellen und Hypothesen, die auf der Tagung vorgestellt wurden, spiegelt sowohl den uneinheitlichen Forschungsstand als auch die vielfältige Beschaffenheit der Erzeugnisse visueller Kultur wider. Dennoch hatten die Vorträge gemeinsame Merkmale. Der Einfluss der Politik auf die Kunst ist ein omnipräsentes Phänomen, er ist jedoch nicht immer eindeutig in ihren Formen erkennbar.

Neue Staaten, neue Regierungsformen und neue politische Bewegungen erfordern neue Konzepte, nicht nur der Geschichte, Tradition, Identität und/oder Wirtschaft, sondern häufig auch der Bildsprache von Kunst, Architektur und neuen Medien. Dies gilt ganz besonders für die öffentlich gezeigte Kunst, etwa Denkmäler, Hoheitszeichen, Ausstellungen und Inszenierungen von öffentlichen Feierlichkeiten. In einer ganzen Reihe von Forschungsarbeiten wurde das ambivalente Verhältnis zwischen dem Modernitätsstreben (oft in Zusammenhang mit westeuropäischen Modellen) einerseits und der Pflege lokaler/nationaler Traditionen andererseits analysiert. Vergleichende interdisziplinäre Studien, wie sie zum Teil auf dieser Tagung vorgestellt wurden, bieten die vielversprechendsten Ansätze für die künftige Forschung und Diskussion der Thematik.